

Der Staatskommissar muß weg!

Nr. 70 17. Dezember 1970 10 Pf

Vollversammlung fordert Saß zum Rücktritt auf!



Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Alternative: Aktionsrat

Am letzten Freitag hat sich der von der Uni-Vollversammlung am 9. Dezember eingesetzte Aktionsrat konstituiert, um einerseits die kurzfristigen Maßnahmen gegen die Arbeit des Staatskommissars und die direkten Eingriffe des Ministers einzuleiten und zu koordinieren; andererseits und vor allen Dingen ist es Aufgabe des Aktionsrates, die längerfristigen Formierungspläne des Staates zu analysieren und wirksame Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.

An der ersten Sitzung des Aktionsrates nahmen nur Vertreter der Studenten und Assistenten teil, Professoren und Personalvertreter fehlten. Trotzdem kann der Aktionsrat, wenn er über die ersten Verständigungsschwierigkeiten hinaus zu kontinuierlicher Arbeit findet, der Beginn einer langfristigen Bündnispolitik aller vier Mitgliedsgruppen der Ruhr-Universität werden.

Differenzen gab es gleich zu Beginn bei der Diskussion über die Aufgabenstellung und Zielsetzung des Aktionsrates. Die Assistenten neigten dazu, in dem Aktionsrat eine Art brain trust für den Hauptausschuß zu sehen und als quasi theoretisches Organ des Hauptausschusses Perspektiven zu Überwindung des Staatskommissariats an der RUB und des augenblicklichen Verfassungstretes zu setzen. Nach Konstituierung des nächsten UP, so Kampfhäuser, Vorsitzender der Assistentenschaft, könne der Aktionsrat ja als Beratergremium des UP weiterfungieren.

Die Studenten dagegen wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß eine auf die Lösung des Verfassungskonfliktes beschränkte Aufgabenstellung des Aktionsrates verfehlt ist, denn die Einsetzung eines Staatskommissars an unserer Universität ist kein isoliert zu sehender Übergang des Ministeriums, sondern im Gegenteil erster Schritt des Staates zur Formierung der

Universität und zur Unterdrückung aller demokratischen Ansätze.

Von daher ergibt sich auch die Aufgabenstellung für den Aktionsrat:

1.) Er muß in den bestehenden Verfassungskonflikt in dem Sinne eingreifen, daß er

— den Staatskommissar nicht zur Arbeit kommen läßt

— den viertelparitätischen Hauptausschuß unterstützt, indem er für die Durchsetzung seiner Beschlüsse eintritt

— eine Machtübernahme durch den Senat verhindert

— das Rektorat kontrolliert

— Vorschläge für eine Verfassungsänderung erarbeitet.

2.) Der Aktionsrat muß längerfristig gegen die Formierungspläne des Staates arbeiten, indem er

— Maßnahmen ergreift gegen den Ausbau des Numerus Clausus

— Ausgliederung der Lehrerstudenten aus der Universität

— Verkürzung des Studiums auf generell 6 Semester

— Verschärfung des Leistungsdrucks

— Berufslenkung der Studenten durch staatliche Studienleiter

— Initiierung von Arbeitsgruppen in allen Abteilungen, die die staatlichen Formierungspläne in ihren Auswirkungen auf die Abteilungen analysieren und Gegenmaßnahmen erarbeiten.

Im Januar wird der Aktionsrat mit seinem Programm an die Öffentlichkeit treten. Er ist auf viele Mitarbeiter angewiesen, wenn sein Programm durchgesetzt werden soll.

Arbeitet im Aktionsrat mit!
Der Aktionsrat trifft sich am heutigen Donnerstag, 17. 12., um 14 Uhr in IC 03/143.

700 Studenten waren in den IC I gekommen, um über den Staatskommissar an der RUB zu entscheiden. In allen vorgelegten Resolutionen wurde der Rücktritt von Saß gefordert, die einzige konsequente Folgerung aus den Ereignissen der letzten Wochen. Die Frage war nur, was kommt nach Saß bzw. was kommt jetzt? Hier gingen die Meinungen der einzelnen Hochschulgruppen weit auseinander: vom KSB/ML, der als einzige Alternative den „Kampf gegen die Staatsbürokratie der Monopole“ und eine Sprengung der Hauptausschußsitzung mit Saß (die gar nicht stattfand) forderte, über die „Junge Garde“, die den Auszug aus allen Gremien und den Aufbau einer Studentengewerkschaft forderte, bis zur Resolution des ASTA, der als einzig machbaren Weg den Aufbau eines Aktionsrates vorschlug. Dieser Aktionsrat sollte die Funktion haben, politisch die Aufgaben des UP bzw. des Hauptausschusses zu übernehmen. Er besteht überwiegend aus den Mitgliedern des Hauptausschusses und aus progressiven Mitgliedern aller Gruppen: Studenten, Assistenten und Angestellten. Die Lösung des Problems „Staatskommissar“ ist nur auf diesem Wege, wenn überhaupt, zu schaffen. Die ASTA-Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Arbeit des Aktionsrates wurde inzwischen eingeleitet. (Siehe auch Bericht auf dieser Seite!)



700 Studenten stimmen für die Resolution des ASTA

(Bild: Ruhr-Nachrichten)

Fakten und Zitate zum „Bund Freiheit der Wissenschaft“

1. Am 18. November 1970 formierten sich in Bad Godesberg nach monatelanger aktiver ideologischer und organisatorischer Vorbereitung, nach finanzieller Sicherstellung durch „Wirtschaftsführer, die nicht genannt werden wollen“ („Welt am Sonntag“, 15. 11. 1970), Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter und Politiker aller Bundestagsparteien zu einem „Bund Freiheit der Wissenschaft e. V.“. Am spektakulären Gründungskongreß nahmen etwa 1500 Personen teil, davon rund ein Drittel Akademiker aus Wirtschaft und Staatsorganen.

2. Zu den Initiatoren der Vereinigung, die bereits im Juni 1970 mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit traten, gehören u. a. die Professoren Hans Maier (seit kurzem Bayerischer Kultusminister, Strauß-Intimus und politischer Leiter dieser Bewegung, die er vom Organisationsbüro der „Wissenschaftlichen Gesellschaft e. V.“ in München aus steuerte, Richard Löwenthal (SPD), einer der Hauptsprecher, dessen Handschrift auch die Programmklärung des „Bundes“ verriet; Walter Ruegg, Wahlhelfer der FDP in Hessen, der aus Protest gegen das hessische Hochschulgesetz als Universitätsrektor zurücktrat; Hermann Lübke (SPD), ehemaliger Staatssekretär im Kultusministerium von NRW und Ordinarius für Philosophie in Bochum („Ich diskutiere nur noch mit meinem transzendentalen Du“); Wilhelm Hennis, der aus der SPD austrat, weil ihm an der Bonner Regierungspolitik „die ganze Richtung nicht paßt“; außerdem die Politiker Gerhard Schröder (CDU) und Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) sowie ZDF-Moderator Gerh. Löwenthal.

Ihre Mitarbeit erklärten offiziell Bruno Heck, Gerhard Stoltenberg, Paul Mikat, Hans Dichgans, Bernhard Tacke (DGB) von der CDU, der Frankfurter Bankier, Philipp von Bethmann, Ernst Schneider vom DIHT und Elmar Michel von der Salamander AG.

3. Nach Aussage seiner Gründer soll der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ „aktiver Kampf Bund“ einer „liberal-konservativ“ geprägten „streitbaren Mitte“ nicht nur der Hochschullehrer, sondern von Personen aus allen Bevölkerungsschichten mit einem „weiten Spektrum der Anhänger aller demokratischen Parteien und Mitglieder aller Gruppen von Hochschulangehörigen“ sein. (Prof. Wolfram Fischer,

in „Der Abend“, Westberlin, 25. 11. 1970).

Die Gründung markierte einen „neuen Anfang in der Hochschulpolitik“, da die Professoren selbst in der Zeit der faschistischen Diktatur (!) nicht „so einer politischen Pression unterworfen“, die „deutsche Universität“ in ihrer ganzen Geschichte nie so „entwürdigt gewesen sei wie heute“. (Vgl. u. a. Topitsch, „Allgemeine Sonntagszeitung“, Würzburg vom 13. 9. 1970, auch Nolte in „Universität“ 1969).

Angeblich gewinnen Ideologen die Oberhand, welche die Zerstörung des Bestehenden als Voraussetzung für die Verwirklichung utopischer Ziele betrachten“ und Reformen die Gefahr der Lähmung und Vernichtung der Hochschule heraufbeschwören, vor der morgen schon der Staat stehen könne (Gründungsaufruf). Die Gefährdung der Universität erwache einerseits aus dem „linken Gesinnungsterror“ und andererseits durch hilflose oder „opportunistische“ Politiker und „progressive“ sozialdemokratische Länder-Hochschulgesetze (Hessen, Bremen, Hamburg, Westberlin), die die „Unterwanderungsstrategie der Linken legalisieren“, und die Hochschule als „Manövrierefeld zur Vorbereitung des Vernichtungskampfes“ gegen die staatsmonopolistische Gesellschaft freigegeben würden. Deshalb seien die Vertreter des „Bundes“ zusammengekommen, um „den Umsturz, wenn es noch irgend geht“, aufzuhalten. (Hennis, in „Die Welt“, 20. 11. 1970).

4. Gründungsaufruf, Satzung und Programm des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, vor allem aber die vielfältigen Veröffentlichungen seiner Initiatoren und das Echo der rechtsextremen und neonazistischen Presse („Bayernkurier“, „Deutsche Nachrichten“, Würzburger „Allgemeine Sonntagszeitung“, „Die Welt“, „Rheinischer Merkur“ einschließlich „ZDF-Magazin“) zeigen unverhüllt die reaktionäre, militant antikommunistische Zielsetzung. In offener Hetze wird innenpolitisch gegen die DKP und außenpolitisch gegen die DDR und die Sowjetunion der Antikommunismus geschürt.

So schreibt der „Bayernkurier“: „Für die kommunistische Zersetzungsbearbeitung an den westdeutschen Hochschulen wendet die Regierung in Ost-Berlin beträchtliche Geldmittel auf.“ In der „Welt“ heißt es: „Kleine Gruppen mit dem Vokabular der SED terrorisieren oder lähmen den Betrieb“ und „die östliche Machtpolitik“ nutze die „internationale Studentenrevolte für ihre strategische Zielsetzung“. Der Kölner Soziologe Scheuch weist den Vorwurf der Studenten, es handle sich um einen „Ableger des sich in der BRD formierenden Rechtskartells“ mit den Worten zurück: „Der Bund ist rechts nur von der DKP“. (Vgl. „Die Welt“, 19. 11. 1970 — Seite 1)

In dieser Hinsicht ist auch die Verbindung der Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ mit dem antikommunistischen Be-

Letzte Meldung:

Am gestrigen Mittwoch fand in der Bonner Uni ein Kongreß „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung“ statt, zu dem VDS, BAK und GEW aufgerufen hatten. Nach einleitenden Referaten im Plenum diskutierten die 1500 Teilnehmer aus der gesamten BRD verschiedene Aspekte der Bildungspolitik (Bildungsplanung, Forschungspolitik, Gesamthochschulen, Berufsausbildung, Bund „Freiheit der Wissenschaft“) und Ansätze für demokratische Alternativen. Trotz bestehender Differenzen bestand Einmütigkeit in der prinzipiellen Stoßrichtung: für Mitbestimmung — gegen Rechts!

NHB in Waffen

Auch an manchen Hochschulen tritt nun der faschistische Mob frech auf: in Marburg, wo neben einer starken linken Mehrheit eine ebenfalls traditionsreiche burschenschaftliche Rechte besteht und der NHB (National Demokratischer Hochschulbund, NPD-nahe) einen Sitz im Studentenparlament innehat, kam es letzten Mittwoch zu einem alarmierenden Zwischenfall: NHB-Mitglieder, die diesmal unter dem Namen „Aktion Widerstand“ bei den Konventwahlen kandidieren, verteilten verschiedene Flugblätter mit den bekannten Parolen „Scheel-Brandt an die Wand“ usw., mit Aufrufen zum Widerstand gegen die bedrohliche „Bolschewisierung“ der Gesellschaft und besonders der Hochschulen. Als ASTA Mitglieder sich derartige Flugblätter holen wollten, zückte einer der „Widerstands“-Helden eine durchbohrte Schreckschusspistole, eine faschistische Mädel griff sofort mit einer Tränengasspistole ein.

Nachdem die Polizei dagewesen war und die Waffen sichergestellt hatte, kam es nochmals zu Schlägereien etc., als ein NHBler sich damit brüstete „damals“ im Kongo und in Mozambik zwanzig „Nigger“ „umgelegt“ zu haben. Auch sei es allmählich Zeit hier zu ähnlichen Methoden zu greifen.

Der ASTA stellte nach diesen Vorfällen Antrag beim Wahlvorstand die neofaschistische Liste zu streichen und leitete weitere gerichtliche Schritte ein. In Marburg, Göttingen, Würzburg usw. treten faschistische Studenten schon seit längerem offen auf. Die neuen Zwischenfälle und die allgemeine rechtsradikale Hysterie lassen jedoch erwarten, daß auch an anderen Hochschulen — und warum nicht auch in NRW? — NHB und ähnliche Gruppen Provokationen planen.

Dem muß der entschlossene Widerstand aller demokratischen Studenten entgegengesetzt werden. Kampf dem Rechtskartell an den Hochschulen!



Beim Kongreß v. I. Maier, Hennis, Scheuch

Es wird versucht, im Namen einer „ethischen Verantwortung“ der Wissenschaft, einer „Wissenschaft im Dienste der Gesellschaft“, eine breite Basis an den Hochschulen zu gewinnen (u. a. Hochschullehrer, deren Name früher unter „linken Manifesten“ stand) und darüber hinaus eine „Solidarität zwischen den Hochschulen und der Öffentlichkeit“, eine „Widerstandsbewegung verantwortungsbewußter Staatsbürger“ herzustellen, um das angeblich vom Kommunismus herbeigeführte bestehende Unversitätschaos und die „drohende Staatskrise“ aktiv abzuwehren.

schluß der rechten SPD-Führung „Sozialdemokratie und Kommunismus“ nicht zu übersehen.

Die SPD/FDP-Regierung in Bonn reagierte auf die Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ nach außen mit „Zurückhaltung“, d. h. sie läßt einerseits den rechten Umtrieben freie Entfaltung und wird andererseits offensichtlich die demokratischen Kräfte an den Universitäten nicht völlig verprellen. Löwenthal erklärte dazu: Von der SPD sei „keine positive Erklärung zu erwarten, aber auch keine Verurteilung“!

Fortsetzung auf Seite 3

Nieder mit dem Franco-Faschismus

In diesen Tagen wird ein Militärgericht in Burgos über das Leben von 16 spanischen Patrioten entscheiden, die im Rahmen der baskischen Widerstandsorganisation ETA für ein demokratisches Spanien und die Autonomie des Baskenlandes gekämpft haben. Einer der Angeklagten ist Mitglied der KP. In Spanien selbst hat dieser Prozeß die gesamte Opposition wie ein Brennspiegel geeint: Proteste, Solidaritätsbekundungen und direkte Aktionen reißen nicht mehr ab. Noch nie seit Ende des Bürgerkrieges ist das Franco-Regime so erschüttert worden. Reflexartig proklamierte es den Ausnahmezustand.

Der Prozeß wird unter dem Vorsitz eines Kavallerieobersten geführt, der aussagte, man solle alle Mitglieder der ETA auf einer vulkanischen Insel aussetzen, „damit sie sich dort mit ihren Nägeln wie räudige Hunde die Nahrung aus dem Boden kratzen.“ Der Ankläger hat sechs Todesurteile und insgesamt 754 Jahre Zuchthaus gefordert.

Wie zugespitzt die Lage ist, deutet der Ausspruch des Generalkapitäns von Katalonien, General Perez Vineta, der sagte, das Heer

werde niemals die „Wiederkehr jener Horden zulassen, die das Vaterland schon einmal in Gefahr brachten.“ Man müsse daher, wenn notwendig, wieder zum „Kreuzzug“ aufrufen, um ein zweites Mal „Menschen ohne Gott und Gesetz“ aus dem Lande zu jagen.

In zahlreichen westeuropäischen Städten kam es in den letzten Tagen zu machtvollen Demonstrationen gegen den Franco-Faschismus und für die sofortige Freilassung der spanischen Widerstandskämpfer. Auch in der Bundesrepublik haben die demokratischen Kräfte überall Aktionen verschiedenster Art organisiert um ihre Solidarität zu bekunden. Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Jugend- und Studentenorganisationen, Gruppen der KP Spaniens und andere spanische Organisationen beteiligen sich daran.

In Bochum, wo für die universitären Gruppen in den letzten Tagen sowohl das Problem Staatskommissar wie auch die Vorbereitung des vds-Kongresses selbstverständlicher Weise im Vordergrund standen, ist es leider nicht möglich gewesen, noch vor Weihnachten eine Protestdemonstration zu organisieren.

Auch erscheint es völlig sektierisch, wenn der maoistische KSB/ML selbstherrlich ohne jede vorherige Absprache mit weiteren Organisationen eine Demonstration für Samstag dekretiert. Deren geringe Erfolgchancen — weil völlig unvorbereitet, weil die meisten Studenten schon in den Ferien, weil nicht schon früher angekündigt — sind von vorne herein klar. Der Stand der antifaschistischen Opposition gegen Franco ist aber inzwischen derart, daß ein wirklich hohes Maß an kleinbürgerlichem Sektierertum dazu gehört, auf eine breite Solidaritätsaktion, an der sich alle demokratischen, antifaschistischen Kräfte beteiligen könnten, zu verzichten, zugunsten einer ast-reinen, antirevisionistischen Einzelaktion. Hiermit wird keiner gewonnen und außerdem der Sache der spanischen Genossen ein schlechter Dienst erwiesen.

Deren Forderungen sind bescheiden, möglichst viele sollen dafür eintreten, unabhängig von ihrer spezifischen ideologischen Position: **Abajo Franco!**

Nieder mit Franco! Freiheit für die Angeklagten von Burgos! Für ein demokratisches Spanien!

Auch 1971 geht der Kampf weiter!

Uni-Neugründungen - aber wie?

Die zweite Welle von Hochschulneugründungen rollt an. Nicht wie Bielefeld und Konstanz Eliteschulen mit strukturellem Numerus clausus. Nicht wie in Bochum der letzte Versuch einer allumfassenden Universitas mit möglichst komplettem Fächerkanon, der in der Bochumer Ausprägung geringe Chancen einer Interdisziplinarität ergibt. Die neue Welle zeichnet sich durch geplante Schwerpunktbildung und Ansätze der Integration des tertiären Bildungswesens aus, teilweise gehen die Planungen in Richtung einer kompletten Erwachsenenbildung und -weiterbildung an der integrierten Gesamthochschule.

Kassel wird nach einem Errichtungsgesetz vom 18. 6. 70 als integrierte Gesamthochschule gegründet. Der vorhandene Fachschulbereich mit (1970) 2200 Studenten soll voll integriert werden. Der Fächerkanon der Planung wird z. T. durch die Wünsche örtlicher Verwaltungs- und Wirtschaftskreise bestimmt (IHK, Bundessozialgericht etc.). Das Land hat einen „Gründungsbeitrag“ berufen, der zum großen Teil aus Hochschulangehörigen zusammen-gesetzt ist. Daneben arbeitet eine hauptamtliche Projektgruppe, die dem Land direkt unterstellt ist. Durch diesen Planungsmechanismus sollen „Bremer Zustände“ verhindert werden: 1. Der Fächerkanon ist durch Beschluß des hessischen Kabinetts festgelegt worden einschließlich von Bonbons fürs Publikum: Freizeit, Umwelt- und Kommunikationsforschung. 2. Der Beirat empfiehlt dies und jenes und 3. die Projektgruppe plant im von der Landesregierung gesetzten Rahmen.

Oldenburg und Osnabrück werden auf Kabinettsbeschluß vom 25. 8. 70 zunächst als Universitäten gegründet. Die Integration der Fachschulen ist geplant. Drittelparitätische

Gründungsausschüsse werden im Dezember 1970 eingesetzt. Errichtungsgesetze sind nicht geplant; dadurch hält der KuMi die Ausschüsse an der Leine. Beide IGH sollen vor allem Lehrer aller Stufen ausbilden, daneben wirkt die Integration der technisch-naturwissenschaftlichen Fachschulen wegen fehlender Gemeinsamkeiten etwas beliebig. Jedenfalls sollen beide IGH nicht viel kosten.

In Essen wollte der BdFler Lübke eine sogenannte Universität mit erziehungswissenschaftlichem Schwerpunkt und gleichzeitig eine Fachhochschule gründen. Eine Initiative von Essener Studenten und Assistenten, später auch die Stadt forderten demgegenüber eine IGH. Der KuMi scheint sich mittlerweile nicht mehr zu sperren, ein eigenes Errichtungsgesetz scheint möglich. Bis Ende Januar wird ein Sachverständigenbeirat ein Gutachten zum Standort vorlegen; noch 1971 sollen im Schnellbauverfahren Gebäude erstellt werden. Dieser Beirat sollte offensichtlich zunächst nicht nur den Standort bestimmen, sondern heimlich zur Gründung schreiten. Die Mitglieder des Beirates sehen allerdings ihre Arbeit mit einer Standortempfehlung als beendet an. Schon im Frühjahr 1971 wird vermutlich ein Gründungsausschuß berufen werden.

Zwischen der Medizin und dem Maschinenbau gibt es bereits eine Zusammenarbeit in der biomedizinischen Technik. Insgesamt scheint auch die Bereitschaft der Essener Hochschulen in eine IGH überführt zu werden, relativ groß. Die Essener IGH würde zwei Forschungs- und Lehrschwerpunkte erhalten: 1. Medizin/Naturwissenschaften und 2. Lehrerausbildung

In Dortmund haben die Bildungseinrichtungen des tertiären Sektors einen Hochschulrat mit je zwei Vertretern gebildet, der mit Unter-

stützung der Stadt die IGH vorbereitet. Nach den Vorstellungen des Hochschulrates soll die gesamte Erwachsenenbildung integriert werden und nicht nur die traditionell „wissenschaftliche“. Daher sieht das Modell dezentrale Einrichtungen und Stützpunkte und den Einsatz technischer Medien vor. In der Bundesrepublik ist es die erste Initiative, die in Richtung „open university“ führt.

Die zweite Welle von Hochschulneugründungen und -neugründungen verspricht interessanter zu werden als die erste. Ansätze zur nicht ausschließlich formalen Reform von Studienzielen, -inhalten und -formen und die Einrichtung neuer Studienrichtungen, die sich an Tätigkeitsfeldern statt überholten Berufsbildern orientieren, sind vorhanden. Die Überwindung traditioneller Privilegien der an „wissenschaftlichen Hochschulen“ Tätigen werden zumindest angekratzt. Der Herrschaftsanspruch der Wissenschaft wird untergraben, wenn in der IGH eine neue Praxis von Theorie und Praxis nötig wird.

Zwar wurde die Neugründungswelle nicht zuletzt auch durch die Studentenbewegung ermöglicht (allgemeines Bewußtsein der Reformnotwendigkeit), es besteht jedoch die Gefahr, daß die Studentenbewegung Motor der Steigerung der Effizienz des staatlich gelenkten Kapitalismus westlicher Prägung wird, wenn man auf dem Gebiet der Bildungsreform den „Reformern“ das Feld alleine überläßt.

Konzeptionelle Arbeit wurde von studentischer Seite bisher fast nicht geleistet (vds-Misere), sieht man von einer mageren Gruppe Bildungsplanung (Uni Göttingen) und einem Konstanzer esg-Projekt ab. Die in NRW neu zu gründenden acht (8) neuen Universitäten werden derweil im bekannten Stil von

der Bürokratie vorbereitet (vgl. NRW-Programm 70 und der konkretisierende „Aufbau- und Strukturplan für die Gründung neuer Universitäten“). Das vielbesetzte Konzept der Gesamthochschule — gegenwärtig Kennwort für den Sprachschatz eines sog. „Progressiven“ — bedarf einer eingehenden Analyse ebenso wie der Wissenschaftsexpansionsvorgang überhaupt.

In der gegenwärtigen Phase der Studentenbewegung — der die neue Arbeit an Veränderungsstrategien aufgegeben ist —, im Hinblick auf die Zielsetzung des ASTA (teach-in am Dienstag) und auf die Arbeit des neuen zentralen „Aktionsrates“ aller progressiven Kräfte sollte Arbeit auch in diese Problematik investiert werden.

Es müsen Grundlinien einer studentischen Strategie für das Verhalten bei Neugründungen entwickelt werden!

Beispielhaft seien hier unter Verzicht auf langfristige Strategien nur einige der zu erörternden taktischen Ziele studentischer Politik schlagwortartig und unsystematisch aneinandergereiht: 1. Uni als Basis politischen Kampfes (Relevanz der Ausbildung, des Überbaus; Kapitalisierungstheorie; Gesamtarbeiterthese; Emanzipation u. ä.) 2. Teildemokratisierung (Sinn? Möglichkeit? Elitenkonzept?) 3. Bedeutung von Unis in regional unterentwickelten Gebieten für das Wählerverhalten (von der CDU zur SPD) 4. Sozialistische Hochschulen (oder eben nur die Spielwiese einer non-profit-Uni?) 5. Wissenschaftspluralismus (Berufungen wenigstens auch von Marxisten. 6. Neutralisierung von Studenten und Universitäten im Klassenkampf (Mandel; evtl. Parteikruterierung). 7. Sozialistische Berufspraxis (Vorbereitung und Absicherung).



Air Force-Forschung in der Bundesrepublik

Als erste an den Hochschulen über-regional durchgeführte Kampagne des Projektbereichs Kriegsfor-schung des Verbandes deutscher Studentenschaften (vds) wird in den nächsten Wochen an den westdeutschen Hochschulen eine Aufklärungs-Aktion über die Forschungsaufträge der US-Air Force in der BRD und Westberlin anlaufen.

Zur Unterstützung der an der Aufarbeitung und Publikation arbeitenden Gruppen veröffentlichte der vds eine Broschüre, in der die wichtigsten Materialien über die Organisation und die Tätigkeitsgebiete der amerikanischen Luftwaffe und die von ihr bis 1965 in die BRD und nach Westberlin vergebenen Aufträge zusammengefaßt sind. Schon im letzten Jahr wurden verschiedentlich durch Studenten Air-Force-Aufträge an Hochschulen aufgedeckt. Wohl am bekanntesten wurde der „Fall Fischer“ an der TH Darmstadt. Dem Professor für angewandte Physik wurde unter spektakulären Begleitumständen nachgewiesen, daß er für seine angebliche „reine Grundlagenforschung“ handfeste Vorschläge zur Anwendung im Vietnam-Krieg gemacht hatte.

In der Broschüre wird anhand von Dokumenten aufgezeigt, daß die USA Air Force bei ihren Forschungsaufträgen keineswegs in irgendeiner Form „wertfreie Grundlagenforschung“ betreibt, sondern daß alle Aufträge immer nur unter dem Gesichtspunkt der militärischen Verwendbarkeit erteilt werden. Dies wird in den Publikationen der US-Luftwaffe selbst immer wieder betont.

7. 9. 70 Rau gibt die Ernennung von Grosse bekannt (rückwirkend zum 31. 8. 70).

15. 9. 70 Faillard teilt dem UP die Ernennung mit (Schreiben ist vom Vorstand noch nicht verschickt worden).

16. 10. 70 J. Riesenbeck und J. Blumberg erheben Klage beim VG Gelsenkirchen, diesmal gegen die Landesregierung, in der sie die Ernennung anfechten.

Anfang 1971 wird möglicherweise der erste mündliche Termin in beiden Verfahren (die wohl verbunden werden) stattfinden. Zur Jahresmitte ist die Entscheidung zu erwarten.

Ein wesentlicher Punkt ist dabei das sogenannte „cost-sharing-Verfahren“ (Kostenteilung, das bewirkt, daß die Air Force nur Bruchteile der wahren Kosten ihrer Forschungsprojekte selbst bezahlt. Der Rest sind öffentliche Gelder der Länder, in denen die Aufträge ausgeführt werden (allgemeine Kosten der Institute, Gehälter, Geräte etc.).

So wird gezeigt, wie zahlreiche Institute an westdeutschen Hochschulen in eine weltweite Kriegsmaschinerie einbezogen werden und ihren Beitrag dazu leisten ganze Völker zu unterdrücken und weiter gegen ihren Willen in quasi-kolonialer Abhängigkeit zu halten, in Vietnam und anderswo.

Aus diesen Feststellungen ergeben sich konkrete Konsequenzen:

Wir fordern ein Verbot, Forschungsaufträge der US-Air Force an westdeutschen Hochschulen und sonstigen Forschungsinstituten auszuführen. Da diese Forschungsaufträge ausschließlich nach militärischen Gesichtspunkten vergeben werden, dienen sie unmittelbar dem US-Imperialismus zur Durchsetzung seiner aggressiven und friedensfeindlichen Ziele.

Darüber hinaus fordern wir eine wirksame demokratische Kontrolle der Auftragsforschung an den Hochschulen. Assistenten und Studenten sollen mitbestimmen, was und für wen geforscht wird, denn die in erheblichem Umfang aus westdeutschen Steuermitteln finanzierte Forschung für die US-Air Force wird keinesfalls im Interesse der arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik durchgeführt.

Aussichten für die neue Rektorwahl

Gibt das Gericht der Klage statt, so wäre die Wahl des nächsten Rektors zu wiederholen. Wenn es dann noch kein UP gibt (vgl. Prozeß um die neue Wahlordnung, BSZ Nr. 65, würde der Staatskommissar (vgl. BSZ Nr. 69 S. 69) den nächsten Rektor wählen. Saß könnte z. B. sich selbst wählen — er glaubt wohl von sich, daß er gut ist.

Jedenfalls ist der Staatskommissar an die Weisungen des zuständigen Ministers gebunden — und dieser wird schon dafür sorgen, daß die Universität den richtigen nächsten Rektor erhält. Rau kann dann denjenigen zum Rektor ernennen, den er selbst zu „wählen“ befohlen hat. Das ist Selbständigkeit der Hochschule im Sinne derjenigen, die sich mit einem Staatskommissar einverstanden erklärten.

1. 9. 70 Dem zuständigen Minister wird eine Durchschrift der Klage übersandt; er wird gebeten, von einer Ernennung Grosses vorläufig abzusehen.

2. 9. 70 Bestätigung des Eingangs des Schreibens; es sei an Rau weitergeleitet worden.

Gratisproben-Planis-Berlin 01

Wellauer's English Blend ist reich an tabakem. Wir haben tabaken: ayracon, gar tabak, Bourgie u. d. Cavendish. Eine klassische englische Mischung

ENGLISH BLEND

WELLAUER 3.50 DM

ST. GALLEN · Deutsche Lizenz ·

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterie-lager

Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

was trinken wir?

Schultheiss
Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

RESOLUTION

Die Einsetzung des bisherigen UP-Vorsitzenden Saß als „Organwahrer für das Universitätsparlament“, sprich **STAATSKOMMISSAR** mit allen Rechten und Pflichten des früheren paritätischen UP, ist ein direkter Eingriff des Staates in die universitäre Selbstverwaltung mit dem Ziel, jegliche demokratische Ansätze zu verhindern.

Die Einsetzung des Herrn Saß als Staatskommissar stellt den Versuch der Ministerialbürokratie dar, den wirklichen Inhalt der Funktion Staatskommissar zu verschleiern; der Übergang von der weitgehenden Eigenständigkeit der Universität zum direkten Staatseingriff soll durch die Kontinuität der Person des UP-Vorsitzenden verwischt werden.

Die Uni-Vollversammlung ist nicht bereit, einen Staatskommissar an der RUB zu akzeptieren.

Die Uni-Vollversammlung faßt daher folgende Beschlüsse:

- Die Uni-Vollversammlung spricht Herrn Saß das Mißtrauen aus und fordert ihn auf, sein Amt sofort niederzulegen. Sie wird jeden Staatskommissar mit allen Mitteln bekämpfen.
- Die Uni-Vollversammlung fordert Herrn Rau auf, seinen Einspruch gegen die Einberufung des alten UP sofort zurückzunehmen. Das alte UP bzw. der alte Hauptausschuß muß bis zu einer Klärung des Rechtsstreits um die Wahlordnung die Geschäfte des UP weiterführen.
- Es ist erwiesen — besonders deutlich am Beispiel der Wahlordnung — daß das UP nicht einmal inneruniversitäre Beschlüsse fassen konnte, ohne daß der Senat seine Kompetenzen überschritt und diese Beschlüsse blockierte.
Der Senat darf daher seine Arbeit nicht fortsetzen können!
- Um die inhaltlichen Forderungen aller progressiven Mitglieder der Universität an Universitäts- und Ministerialbürokratie zu formulieren und ihre Durchsetzung zu betreiben, beschließt die Uni-Vollversammlung die **EINSETZUNG EINES AKTIONSRATES**.

Die Aufgaben des AKTIONSRATES sind:

- Initiierung und Durchführung von Maßnahmen gegen Staatskommissar, Rektorat und Senat.
- Vorbereitung von gemeinsamen Maßnahmen gegen die staatlichen Formierungspläne (Numerus Clausus durch vorgezogenen Anmeldetermin; Ausgliederung der Lehrerstudenten aus der Universität; Einführung des 6-Semester-Studiums).
- Vorbereitung der gemeinsamen Versammlung mit Schülern und Lehrern gegen die Formierung und Entqualifizierung im Ausbildungssektor.
- Erarbeitung von Vorschlägen für eine Verfassungsänderung.

Die Uni-Vollversammlung fordert alle Abteilungen auf, **Abteilungs-Vollversammlungen** durchzuführen und Resolutionen im Sinne dieser Forderungen zu verabschieden.

Die Uni-Vollversammlung fordert die Abteilungen auf, sofort Initiativsausschüsse einzusetzen, die die Formierungspläne in ihren Auswirkungen auf die Abteilungen analysieren und Gegenmaßnahmen erarbeiten.

Die Uni-Vollversammlung fordert die Studenten und Assistenten auf, in den Abteilungen weiter für **Abteilungssatzungen** zu kämpfen, die Mitbestimmung in wesentlichen Punkten (Berufungen, Habilitationen, Studien- und Prüfungsordnungen) ermöglichen können.

Die Uni-Vollversammlung fordert die Studenten und Assistenten auf, sich nicht dem Druck reaktionärer Professoren zu beugen. **Lieber keine Sitzung, als daß mit den Stimmen von Studenten und Assistenten ein neues Machtinstrument der Professoren geschaffen wird!**

ASIA 9. 12. 70 — ASIA 9. 12. 70 — ASIA 9. 12. 70 — ASIA 9. 12. 70

Ist Grosse Rektor?

Grosse, wortliberaler Germane, Prof., Dr., Prorektor für Lehre der RUB, wurde in der 8.o.UP-Sitzung von einem Assistenten als **Rektorkandidat vorgeschlagen**; während der normalen Vorschlagsfristen hatte sich freiwillig kein Hochschullehrer zur Wahl gestellt. Ursache war ein Konflikt mit den Dekanen (= Senat).

Beriefen sich bei der Rektorwahl die Dekane darauf, die Hochschullehrer hätten im Konvent damals der Verfassung nur zugestimmt, weil sie der Meinung waren, Rektor könne nur ein Professor werden, so berufen sie sich bei dem Streit um die Wahlordnung auf ihr ebenso grundlegendes Verständnis des Wortes „Vertreter“, das eine integrierte Wahl zum UP ausschließt.

Das Gemeinsame beider Fälle ist erkennbar: es geht darum, eine bewußt einseitige reaktionäre Verfälschung der Verfassung durchzusetzen. Die „Rechtsaufsicht“ Faillards erlaubt den Reaktionsären im Bündnis mit den Ministerialbeamten, diese Verfälschung relativ erfolgreich zu betreiben. Die Details solcher Auseinandersetzungen sind durchaus schwierig zu vermitteln, sie sind weithin nur noch juristisch faßbare Federfuchserien. Solche Details müssen daher zum Zwecke der Entlastung an außeruniversitäre Stellen (Gerichte) gehen.

Die Wahl Grosses in der 9. o. UP-Sitzung „rettete“ in diesem Streit um die Verfassung eine Atempause, bevor die auf der gleichen Sitzung endgültig beschlossene Wahlordnung zum UP den Streit hervorrief, der zur Einsetzung von Saß als Staatskommissar für das UP führte.

geben werden. Als der Angriff in der Wahlordnungsfrage erkennbar wurde, mußte auch die ursprünglich gleichgültige Grosse-Geschichte aufgegriffen werden. Für die Zukunft geht es darum, hier durch die Aufstellung richtiger, nicht professoraler Kandidaten und eine politisierte Wahl mindestens eine Bewußtseinsbildung (auch ein Student kann Rektor werden), wahrscheinlich aber auch einen entsprechenden Konflikt (mit Professoren und Ministerium) zu erreichen.

Da es sich nicht lohnt, die mehrhundertseitigen Details auszubreiten, da es im Gegenteil nur auf diese Grundlinien ankommt und darauf, die Gremienfixierung zu überwinden, war hier ein zweispuriges Vorgehen angebracht: Vollversammlungen und Gerichte.

Vor einer Chronologie des bisherigen Verfahrens seien jedoch die Momente, um die es bei dem Verfahren geht, kurz zusammengefaßt; alle diese Wahlanfechtungsgründe beruhen insgesamt auf der Unfähigkeit des UP-Vorsitzenden Saß.

1. Grosse hatte, als er vom UP auf die Kandidatenliste gesetzt wurde, kein Programm vorliegen (wie von §§ 5,6 RektorWahlOrdnung gefordert);

2. Die Kandidatenliste wurde vom UP in offener (statt geheimer, § 5 Abs. 2 RWO) Wahl um den Namen Grosse ergänzt;

3. Die Kandidatenliste wurde nicht veröffentlicht;

4. Nichtstimmerechtigzte Professoren (Dekane) waren zum entscheidenden dritten Wahlgang — der zweite ging unentschieden aus — zur Verstärkung des Grosse-Lagers erschienen.

8. 7. 70 Das Universitätsparlament (UP) wählt in seiner 9. o. S. im wiederholten 2. Wahlgang mit 39 von 69 abgegebenen Stimmen Prof. Grosse zum nächsten Rektor der RUB.

8. 7. 70 Sofort danach wird die Wahl von J. Riesenbeck angefochten, weil Dekane (als Senatsmitglieder im UP ohne Stimmrecht) mitgewählt hatten.

9. 7. 70 J. Blumberg ficht die Wahl zusätzlich wegen schwerer Verfahrensmängel (fehlende Veröffentlichung) an.

20. 7. 70 Rektor Faillard und UP-Vorsitzender Saß weisen in je einem Schreiben, die neben dem Termin aber auch Koizidenzen des Inhalts und der Vorbereitung enthielten, die Anfechtungen als unbegründet zurück.

24. 7. 70 Riesenbeck, Blumberg und der ASTA legen gegen diese Entscheidungen Widerspruch ein, der nachrichtlich an den zuständigen Minister geht.

28. 7. 70 Saß weist den Widerspruch zurück: „eine Überprüfung der Entscheidung des Vorstandes des UP“ erübrige sich.

29. 7. 70 Faillard drückt sich vornehmer aus: das Schreiben vom 24. 7. gebe ihm Anlaß mitzuteilen, daß die rechtliche Überprüfung keine Beanstandungsgründe ergeben habe.

28./29. 7. 70 Saß und Faillard teilen mit, sie hätten den zuständigen Minister inzwischen um die Ernennung von Grosse zum Rektor designatus gebeten.

27. 8. 70 J. Riesenbeck erhebt Klage beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen, um feststellen zu lassen, daß die Wahl Grosses unwirksam sei (und deshalb neu gewählt werden müsse).

1. 9. 70 Dem zuständigen Minister wird eine Durchschrift der Klage übersandt; er wird gebeten, von einer Ernennung Grosses vorläufig abzusehen.

2. 9. 70 Bestätigung des Eingangs des Schreibens; es sei an Rau weitergeleitet worden.

FOTO NIGGEMEYER

Das vielseitige Fachgeschäft für die Amateur- und Berufsfotografie

463 Bochum - Luisenstraße 12-14 - Borgmannstraße 2
Telefon (0 23 21) 1 60 84 - Telex 8 25 709

FOTO- UND FILMFREUNDE
werden von uns aufmerksam betreut

Contacta Institut

Bochum Kortumstr. 45 I. Etage
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Daten und Fakten zum BFW

Fortsetzung von Seite 1

5. Offensichtlich ist die Gründung und Aktivität des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ der Versuch, eine breite politisch-ideologische Abwehrfront von der CDU/CSU bis in die SPD und den DGB hinein gegen Reformen im Hochschulwesen der BRD zu schaffen und den gesamten innenpolitischen Kurs weiter nach rechts zu führen.

Die sogenannte „Rettung der Hochschule“ soll zugleich der Mobilisierung aller wissenschaftlichen und ideologischen Potenzen des imperialistischen Herrschaftssystems gegen die Offensive und den wachsenden Einfluß des Marxismus-Leninismus, gegen alle humanistischen Regungen und demokratischen Bestrebungen sowie Ansätze einer Politik der Entspannung dienen.

Deshalb braucht man das formierte und manipulierte „Bündnis von Staatsbürgern, die ihren Staat verteidigen, indem sie vornehmlich für eine der eigentümlichsten und fraglichsten Einrichtungen dieses Staates“, die Hochschule, kämpfen. (Nolte, HPS, Köln, Nr. 1/15. 10. 1970):

- gegen die „Gefährdung ihres (!) Grundrechts der Freiheit der Wissenschaft in Forschung, Lehre und Studium“ durch die „linke Machtergreifung“ (u. a. Prof. Topitsch);
- gegen die „Preisgabe von Grundlagen der abendländischen politischen Kultur (Prof. Hennis, Prof. Topitsch);
- gegen die „Propagierung und Praktizierung des totalen Politikbegriffes“, der einen „neuen totalitären Staat“ vorbereite (Prof. Helmut Kuhn);
- gegen eine Reform, die die Hochschule zur „Kaderschmiede für die Feinde der Demokratie macht“ (Prof. Richard Löwenthal);
- gegen die Diffamierung der „Kriegsforschung“, wodurch die Rüstungskonzerne ihre Aufträge und Gelder aus der Universität abziehen würden (Prof. Hans Maier, Prof. Steinbuch);
- gegen die „geforderte Verantwortung des Wissenschaftlers für die Ergebnisse seiner Forschung“ (Prof. Maier);
- gegen die Kontrolle der Wissenschaft „durch Leute, die von der Sache nichts verstehen“, Studenten, Assistenten, Sekretärinnen und eine „böartige Umgebung“ (Prof. Steinbuch);
- gegen die „unbegrenzte Mitbestimmung der Studenten“, die als „Brecheisen“ diene, um die Universität und danach den Staat aus den Angeln zu heben (Prof. Maier);
- gegen die Verwandlung der Philosophischen Fakultäten „zu Zitatellen einer staats- und verfassungsfeindlichen Partei“, in denen Dissertationen auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus erarbeitet würden, die „ein Geschichtsbild vertreten, das sich von dem der SED nicht mehr unterscheidet“ (Prof. Nolte).

Verlangt wird eine „Hochschulreform“, die zur Modernisierung der Universität „im Geiste der Leistungssteigerung, Diskussionsfreiheit und sozialer Verantwortung führe“ (Gründungsaufruf).

Gefordert wird vom Staat „Schutz und Pflege der Wissenschaft“, damit sie sich in „ethischer Verpflichtung“ gegenüber Gesellschaft und Staat frei entfalten und ihre „historisch einzigartige Macht“, die sie durch die wissenschaftlich-technische Revolution erlangt habe, gleich der Macht in Wirtschaft und Staat einsetzen könne. (Prof. Hennis, in „Die Welt“, 20. 11. 1970).

Gesucht wird der „Elfenbeinturm für die Wissenschaft“ im Sinne von Ruhe und Ordnung an der Universität, damit sie nicht „Schützengraben des Klassenkampfes“ bleibt. (Hennis).

Verlangt wird ein „effizientes Führertum“ in Staat und Hochschule, das nicht dadurch erledigt sei, „weil es die Perversion Adolf Hitler gegeben hat“ (!). (Prof. Besson, „Christ und Welt“, 24. 7. 1970).

Dem Marxismus wird angeblich ein „legitimer Platz“ an der Hochschule zugestanden, soweit er sich „als selbstkritische Methode der Erkenntnis“ verstehe, nicht aber als „Anspruch auf Alleinbesitz der Wahrheit oder gar militanter Aktivismus“. (Gründungsaufruf).

Verfochten wird ein „pluralistischer Wissenschaftsbegriff“, der die „einzige Alternative“ zum Wissenschaftsbegriff des Marxismus darstelle, der mit seiner Parteilichkeit in Bezug auf die Arbeiterklasse ebenso unannehmbar sei wie der „nationalsozialistische Wissenschaftsbegriff“, bei dem die „Rasse“ bestimmt habe, was „wahr“ sei. (Vgl. Gerd Langguth, in „Das Parlament“, 28. 11. 1970, S. 7)

6. Besonderes Gewicht erlangt die Gründung des „Bundes Freiheit der

Wissenschaft“ durch die Tatsache, daß gleichzeitig in USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und in der BRD ein „internationales Komitee zur Rettung der Universität“ ins Leben gerufen wurde (International Committee on University Emergency — ICUE). Das von diesem Komitee veröffentlichte „Memorandum über die Existenzkrise der Universität“ (Wortlaut in „Die Welt“, vom 21. 11. 1970) trägt die Unterschrift von über 100 zum Teil bekannten Wissenschaftlern, vor allem aus den USA sowie aller Initiatoren des westdeutschen „Bundes Freiheit der Wissenschaft“. Es wurde in der BRD von Prof. Richard Löwenthal (SPD) bekannt gemacht und dazu berichtet, die Initiative gehe von Charles Frankel, Columbia University aus (Eine Hochburg des CIA).

Gleichzeitig wurde ein britisches Professoren-Manifest „Freiheit in der akademischen Gemeinschaft“ bekannt, das 150 reaktionäre Professoren unterzeichneten. Damit wird der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ zum direkten Bestandteil der verstärkten psychologischen Kriegsführung des Imperialismus nach innen und außen.

Das ist Herr Saß!

Die Sitzung des Hauptausschusses am letzten Mittwoch dauerte nur vier Minuten. Ohne sich auf Diskussionen mit dem Staatskommissar einzulassen, beschloss die Mitglieder des Hauptausschusses mit 12:2 Stimmen folgenden Antrag:

„Eine Beratertätigkeit für einen Staatskommissar kommt für die Mitglieder des Hauptausschusses nicht in Frage. Wir fordern den Staatskommissar auf, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und als Staatskommissar zurückzutreten.“

Der Hauptausschuß betrachtet sich als existent und ist als solcher bereit, weiterzuarbeiten. Der Hauptausschuß wählt sich einen Verhandlungsleiter, der die Aufgabe hat, die Weiterarbeit des Hauptausschusses zu garantieren.“

Mit diesem Beschluß, der vorher beim ASA mit der Mehrheit der HA-Mitglieder abgesprochen worden war, wahrte der Hauptausschuß den Anspruch, weiter als demokratisch gewähltes Organ der Universität zu arbeiten und brachte den „Organwähler“ Saß in Konflikt mit dem Organ, dessen Rechte er wahrnehmen soll.

An Beschlüsse des Hauptausschusses wollte Saß sich binden — konsequent wäre also jetzt sein Rücktritt gewesen. Nicht nur weil es der Hauptausschuß so beschlos-

sen hat, sondern weil Saß noch in seinem Antwortschreiben an den Minister zur Bedingung für die Annahme des Staatskommissariats gemacht hatte, daß er mit Unterstützung des bisherigen Hauptausschusses arbeiten könne.

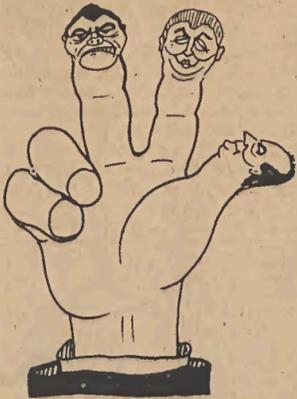
Doch Saß machte noch am selben Abend klar, daß er nicht der „unüberlegte handelnde politische Einzelgänger“ ist, als den ihn die BSU-Zeitung hinstellen wollte, sondern zuverlässiges Werkzeug des Ministers. „Diese Beschlüsse sind natürlich völlig ohne rechtliche Basis“, erklärte Saß in der Sendung „Zwischen Rhein und Weser“ seinem Interviewer, der selbst schon von einer „neuen Kraftprobe zwischen Gruppen der Ruhr-Universität und dem Wissenschaftsministerium“ sprach.

Da nützt dem Herrn Saß auch die Ausflucht nicht mehr, er habe das Amt nicht angenommen, um Vertreter des Ministeriums in der bedingt autonomen Universität zu sein, sondern um die Rechte des Organs UP wahrnehmen zu können. Dagegen steht die klare Aussage des Hauptausschusses, der auf eine solche Vertretung parlamentarischer Rechte pfeift, und die Einsetzung des Aktionsrates, der in naher Zukunft die Rechte und Forderungen der progressiven Mehrheit der RUB-Angehörigen durchsetzen will.

Aufgespießt

„Wir sind die Verlierer dieses Krieges. Wir sind nicht so blind, daß wir nicht sehen, daß das, was geworden ist, ein Ergebnis dieses Krieges ist. Ein Volk, das etwas auf sich hält, nimmt ein solches Ergebnis nicht einfach hin, auch nicht um den Preis des Friedens willen!“

Der Exbundeskanzler und CDU-Vorsitzende Kurt Georg Kiesinger der Oldenburger „Nord-West-Zeitung“ zufolge auf einer CDU-Veranstaltung ihn Lohne.



Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

Thadden-Springer-Strauß

Sie war so groß angekündigt worden, daß Tausende von Polizisten (3000) und noch mehr Gegendemonstranten (5000) nach Bonn gefahren sind, um einmal dabei zu sein oder um zu verhindern, was zu verhindern war. Gemeint ist die Kundgebung der „Aktion Widerstand“, die am letzten Samstag in einem Vorort von Bonn auf einer bisher noch unbefleckten Marktwiese stattfand. Doch jeder (fast jeder), der dabei stand und sich das Spektakel der 800 Neofaschisten anhörte und ansah, konnte nur zum Schluß kommen: „Ein paar arme Irre“, oder „der letzte Rest brauner Brut“, oder auch „In Würzburg waren es noch 3000, jetzt sind es nur noch 800, und bald sind es kaum noch welche“.

Wie gefährlich es ist, so zu denken, diese Sektierer rechts liegenzulassen und zur Tagesordnung überzugehen, zeigt sich, wenn man die Worte, die von den Neofaschisten in Bonn ausgesprochen worden sind, vergleicht mit dem, was die gesamte rechte Presse von Westdeutschland, Springer und „Bayernkurier“ voran, von sich geben. Die gleiche Partei, die sich offiziell von dieser „kleinen radikalen Minderheit“ scharf distanziert, schießt in ihren eigenen Organen ins gleiche Rohr. So beklagte sich der Kolumnist der „Welt am Sonntag“, William S. Schlamm, über das allzu pragmatische Vorgehen der CDU/CSU-Opposition gegen die SPD/FDP-Regierung: „... so rüstet die politische Bürokratie der CDU immer noch für den traditionellen Regierungsturz: Mißtrauensvotum, Zwist im parlamentarischen Regierungslager — alles wie gehabt.“

Doch er warnt, denn, so Schlamm: „Die Regierung Brandt ist die erste Regierung der BRD, die sich nicht nach parlamentarischen „Gegebenheiten“, sondern nach ihrer eigenen Zukunftskonzeption richtet.“ Wie diese „Zukunftskonzeption“ aussieht, das erklärt er dann auch: Mit dem Moskau-Vertrag „hebt man Deutschlands bürgerliche Welt aus den Angeln“ und verpflichtet sich damit in ein „unentwirrbares Netz von Beziehungen mit dem Sowjetblock“. Dann beginnt „eine Periode rascher Schläge zum Osten hin und vom Osten her“, wirtschaftlich natürlich. Und

schließlich kommt dann etwa ein Jahr vor den Bundestagswahlen 1973 der entscheidende Punkt der „sozialistischen Wiedervereinigung“ und eine „paritätische Einigung der zwei deutschen Staaten unter der Patenschaft der Sowjetunion“.

Ein Zurück gibt es dann nicht mehr, so Schlamm, und deswegen gilt es, diese Regierung vor den nächsten Wahlen zu stürzen, und zwar nicht mit konventionellen Mitteln, sondern anders. Das gleiche, was W. S. vormalte, konnte die „Aktion Widerstand“ in einem Satz sagen, aber das bleibt auch der einzige Unterschied: „Deutschland wird unter dieser Regierung verbolschewisiert, deshalb stürzt Brandt!“

Noch direkter kann man es gar nicht mehr sagen, oder doch? Der „Bayernkurier“, Spezialist in Angelegenheiten antikommunistischer Hetze und sozialer Demagogie, hat noch mehr auf Lager, um die Ostpolitik der Bundesregierung zu diffamieren, und sie geht dabei den gleichen Weg wie Springer und Thadden: Man bringt die gewiß auch antikommunistische Bundesregierung in die Nähe des Bolschewismus, und schon weiß jeder durch 20 Jahre CDU/CSU-Herrschaft wohlgezogene deutsche Bürger, daß das doch nicht das Wahre ist. So bezeichnet man die SPD als „totalitäre Staatspartei mit gefährlichen Allüren“, die in ihrer „Gehässigkeit von Moskau kaum noch zu überbieten ist“, und natürlich ist der SPD „eine nahtlose Übereinstimmung mit der KPdSU wichtiger als die Solidarität aller politischen Kräfte der BRD zu sein, wenn es um essentielle deutsche Fragen geht“. Der fatale Eindruck einer konzertierten Aktion drängt sich auf“, heißt es weiter.

Wer hinter dieser konzertierten Aktion wirklich steht, erkennt man jedoch schnell, wenn man sieht, wie gleich die Argumente der angeblich rechtsradikalen kleinen Minderheit der „Aktion Widerstand“ und die der CDU/CSU und der gesamten Springer-Presse sind. So wichtig der Kampf gegen die offenen Faschisten der „Aktion Widerstand“ auch ist, unser Hauptziel muß gerichtet sein auf das Rechtskartell der CDU/CSU, NLA, Springerpresse und der dahinterstehenden Großindustrie.

Aus Handelsblatt Nr. 236
Mittw., 9. Dez. 70

„Deutschland zu annektieren“

In seiner Mittwochausgabe druckte das Handelsblatt einige, wie es meinte, „besonders charakteristische Erklärungen“ führender Revanchisten und rechtsorientierter Organisationen zum deutsch-polnischen Vertrag ab, der am Sonntag in Warschau unterzeichnet worden war. Wir geben diese charakteristischen Pamphlete hier in Auszügen wieder:

Stoltenberg: „Die Bundesregierung will... auf ein Viertel des Reichsgebiets verzichten... Wir werden (diesen Vertrag) im Bundestag an dem Auftrag des Grundgesetzes und dem Text unserer Nationalhymne messen...“

CSU-Präsidium: Die Regierungskoalition habe „hinter dem Rücken der Betroffenen einen fatalen Weg beschritten... das Vorgehen der Regierung erinnere „an die dunkelste Stunde unserer eigenen Geschichte“.

CSU-Freundeskreis: Der Vertrag sei der Versuch, „die völkerrechtswidrige Teilung der unter polnische Verwaltung gestellten Ostgebiete des Deutschen Reiches zu sanktionieren“... Der Vertrag verstoße gegen das „grundgesetzlich garantierte Eigentums- und Erbrecht der völkerrechtswidrig Vertriebenen“.

Axel Springer: „Eine kommunistische Regierung wird ermächtigt, ein Stück Deutschland zu annektieren... Walter Scheel sprach davon, daß „nun keine Wolke mehr am Himmel“ sei. Aber der Himmel ist schwarz, und was der Kanzler und seine Freunde für Morgenröte halten, ist die Farbe des Fahnenbuches sowjetischer Imperialgewalt, die ganz Europa bedroht“.

Jetzt neu:

Hochschule und Klassenkampf

Organ des Spartakus-Assoziation Marxistischer Studenten an der Ruhr-Universität Bochum.

Beiträge zur marxistischen Theorie und Praxis an der Hochschule.

26 Seiten — 20 Pf
Zu erhalten am Spartakus-Büchertisch (Do. 12-14 h Mensa) und im AstA.

„Die Schallplatte“

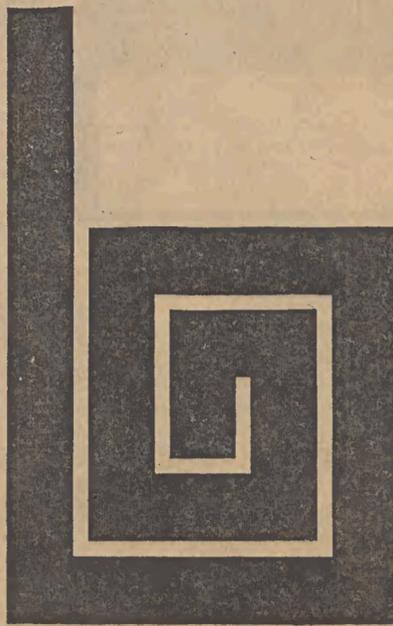
Bochum
Hans-Böckler-Straße 21
Großes Angebot an Pop- und Jazz-Platten
viele Sonderangebote
große Importabteilung

Das trifft man oft:

Proteste Radikalisierung Gewalt

Weil Lehrlinge ausgebeutet werden, unsere Schulen, Hochschulen, Universitäten veraltet sind? Einrichtungen einer Welt von gestern entsprechen nicht immer den Erfordernissen unserer Zeit. Von ihnen hängt aber Ihre Zukunft ab. Welche Möglichkeiten haben Sie, um zu verändern — zu reformieren? Proteste allein sind Halbeiten! Unsere Orientierungshilfen zeigen Ihnen, wo und wie Sie auf politische Entscheidungen in Ihrem Sinne wirkungsvoller Einfluß nehmen können. Schreiben Sie uns, fragen Sie uns zu Problemen unserer Zeit. Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn, Berliner Freiheit 7

Bundeszentrale für politische Bildung



Kampf dem Senat!

Die Ersetzung des paritätischen Universitätsparlaments durch einen Staatskommissar ist vor allem auch das Werk der reaktionären Kräfte im Senat und im Rektorat.

Die reaktionären Professoren benutzen seit langem die „zweite Kammer“ der RUB-Verfassung, den SENAT DER DEKANE, als Instrument zur Verteidigung ihrer Machtpositionen, zur Bekämpfung des UP und letztlich zur Sabotage jedes demokratischen Reformansatzes.

DER JÜNGSTE ÜBERGRIFF DES SENATS
Die Senatssitzung vom 3. Dezember hat wieder gezeigt, daß der Senat noch immer frecher wird!

DER SENAT MAßT SICH WIE SCHON VORHER RECHTE AN, DIE NICHT IHM, SONDERN DEM UP ZUSTEHEN:

Er wählte einen Vorsitzenden des Akademischen Förderungswerkes (Nachfolger von Biedenkopf wurde Lutter, Dekan der Abteilung Jura), obwohl das Wahlrecht nach der neuen RUB-Verfassung auf das UP übergegangen ist, welches auch schon eine Kommission zum AkaFö eingesetzt hatte.

Über Proteste der AStA-Vorsitzenden setzten sich Rektor und Dekane unbeeindruckt hinweg.

Die AStA-Vorsitzende brachte ihr Urteil dann formell in einem An-

trag ein:
„Der Senat möge beschließen: Der Senat spricht sich selbst das Mißtrauen aus, da er in nicht zu verantwortender Weise seine verfassungsmäßigen Kompetenzen ständig überschreitet. Der Senat spricht darüber hinaus dem Rektor sein Mißtrauen aus und fordert ihn zum Rücktritt auf, da der Rektor nicht seinen Aufgaben gemäß die Universität als ganze repräsentiert, sondern sich zum Sprecher einer reaktionären Professorenclique gemacht hat, die in systematischer Arbeit im Senat die Verfassung zum Krepieren gebracht hat.“

Der Antrag wurde natürlich einstimmig abgelehnt, ohne überhaupt inhaltlich diskutiert zu werden. Nur ein einziger Senator bemerkte, daß der Senat sich wohl damit beschäftigen müsse, wenn die Studenten und Assistenten jetzt nicht mehr mitspielen.

Ganz recht: das Spiel des Senats werden wir nicht mehr mitspielen! Wenn wir den geringen Spielraum, den das Hochschulgesetz für unsere Aktivität läßt, an der Universität ausnutzen wollen, müssen wir die Schaltstelle der Reaktionen in der Uni lahmlegen. Gerade jetzt, wo kein demokratisches UP besteht, darf der Senat seine Macht nicht weiter ausbauen!

PORNO-WOCHENENDE

„Wenn Sie in Paris etwas erleben wollen, bezahlen Sie mehr als 20 DM.“ Kommentar eines älteren Besuchers des Pornographie-Filmseminars.

Aus eben dieser Motivation schienen ein nicht unbeträchtlicher

Teil der Besucher zu dem aus werbetechischen Gründen wohl so angekündigten Film-Seminar gekommen zu sein. Über dieses Seminar zu schreiben, heißt viel mehr über das Publikum als über die Filme zu schreiben, die da zu se-

hen waren. Die Rezeption der Filme, über die zu schreiben es sich lohnt, wurde durch ein wahrnehmungsunfähiges Publikum sehr schwierig gemacht. Die Filmkritik fordert daher: mehr die Situation der Leute untersuchen, die vor der Leinwand sitzen.

Warhol's „Blue Movie“, ein Film, in dem „nichts passierte“, in dem Sexualität auf die Selbstverständlichkeit zurückgeführt wurde, die sie in Wirklichkeit ist, Irr und Ed Sommers „Kontakte“ und „Rhythmus“, strikt formalisierte und sehr zärtliche Spiele, Kochenraths „Cyrus“, eine Onaniestudie, eigentlich ein Film über die Phantasietätigkeit des Onanierenden, sie alle hatten hier keine Chance. Die Kommerzschinken „Nichten der Frau Oberst“ und „Die Satansweiber von Tittfield“ schienen immerhin für blöde Zwischenrufe und Gags gut genug.

Das Zuschauerbild, auf das diese Filme zielen: der Zuschauer, der nicht fähig ist zu unterscheiden, wurde auch hier erreicht. Wenn diese Filme nur Anlaß für billige Komik sind, nimmt sie nicht ernst genug. Hätte doch gerade die Rezeption so unterschiedlicher Filme, wie sie hier gezeigt wurden, Anstöße zu Denkprozessen geben können. Godard's Satz von den „politischen“ und den „politisch gemachten“ Filmen könnte hier weiterhelfen:

Am irritierendsten waren wohl die Filme des Wiener Aktionisten O. Mülls, die auch durchweg auf verständnislose Ablehnung stießen. Diese Filme von irgendeinem „humanistischen“ Standpunkt aus zu kritisieren ist problematisch. Aber vielleicht hat sich hier eine einst progressive filmische Methode derart automatisiert, daß sie nicht einmal der Selbstdarstellung mehr fähig ist.

Davon konnte bei den am Sonntag stundenlang gezeigten dänischen Pornos fürs Heimkino nie die Rede sein. Die phantasieabtörende Wirkung dieser Filme konnte jeder am eigenen Beispiel erfahren. Die undialektische Ablehnung dieser Produkte jedoch würde an dem wie immer auch durch Kommerzialisierung verschütteten Bedürfnissen, die sich in diesen Filmen zeigen, vorbeigehen.



AUSLÄNDER-REFERAT!!

Für alle Probleme der ausländischen Kommilitonen ist ab sofort der Ausländerreferent des AStA, Mohammer Sadegholvad zu sprechen:

Mo. bis Mi.: 12 bis 13.30 Uhr
Do. bis Fr.: 13 bis 16 Uhr
AStA, Bar. 1, Zi. 2.

Interessenten für eine Untersuchung über die Lage der ausländischen Studenten in der BRD bitte ebenfalls dort melden!

Klatsch Tratsch

Die Anti-Spartakus-Artikel des BSU-Vorsprechers Reichling sind in der Regel wörtlich aus Springers „Welt“ abgeschrieben. Reichling gibt dies nur deshalb nicht zu, weil er den Studenten einreden muß, er sei links von der CDU.

Weil die SHB und Spartakus-Funktionäre in der DDR auf den Klassenkampf in der BRD vorbereitet werden, haben RCDS und BSU jetzt Trainingslager in Oberbayern eingerichtet.

Kanzler Seel gleicht den berühmten Affen: weder hört er was, noch sieht er was, noch sagt er was: über die Polizei an der RUB.

Guido Boulboullé sollte angeblich Herbert Molderings im AStA ablösen. Der Vorschlag wurde aber zurückgenommen, weil die Junge Garde doch eine Jugend-Organisation sein will.

Alle diejenigen, die bei der Podiumsdiskussion über die „Pressefreiheit in der BRD“ mit Conny Ahlers und einem „Welt am Sonntag“-Redakteur nichts gesagt haben, mögen sich bitte zur Belohnung bei der „Welt“-Redaktion in Essen eine Weihnachtstüte abholen.

Auch die „Roten Zellen“ sind nur Zellen: sie spalten sich und spalten sich und spalten sich...

Men like its flavor
Women love its aroma

RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE

2.50

Grotismuster * PLANTA * Berlin 61



Betr.: Leserbrief zur Nr. 69 der BSZ

Ohne große Vorrede soll hier gleich zu Ihrer letzten Nummer Stellung genommen werden: Zunächst darf ich Ihnen mitteilen, daß die von Ihnen geleistete informative Arbeit den Rahmen vergangener Nummern, nicht zuletzt der des ganzen letzten Semesters übersteigt. Gut aufgelockert verbinden Sie hochschulinterne Nachrichten mit überregionalen und internationalen Informationen. Besonders erfreulich finde ich dabei, daß Sie den Versuch machen, Artikel abstrakt theoretischen Inhalts in einer überraschend verständlichen Weise darzubieten und so die

Grundlage für eine sinnvolle Aktivierung der Studenten zu legen.

Nach dieser Lobeshymne sei mir nun auch erlaubt, die Feder der Kritik zu führen. Es müßte doch möglich sein, die gleiche Menge von Nachrichten in kürzeren Artikeln als den Ihren zu vermitteln, ohne daß dabei auf Klarheit und Verständlichkeit verzichtet werden müßte. Zweitens scheint mir eine sinnvolle Ausrichtung der Linie Ihrer Zeitung auf die von Ihnen in Ihrer ersten Nummer propagierten Programmpunkte bisher noch ungenügend durchgeführt worden zu sein. Eine Zeitung mit Ihrem Selbstverständnis sollte wohl darauf hinarbeiten! Zum dritten empfehle ich Ihnen in allem Ernst, doch nicht in den Stil der BSU-Zeitung zu verfallen und den Eindruck zu erwecken, Sie müßten mangelnde theoretische Fundierung durch die Einführung einer Witz- und Hasch-Seite ersetzen (s. vorletzte Nr.). Sollte das als Auflockerung gedacht sein, so bringen Sie es doch nicht so dumm massiv.

KLAUS GR.

Gegen Polizei-Großeinsatz an der Uni

Am Dienstagmorgen tauchten plötzlich - von der Univerwaltung gefahren - ein Dutzend Bullen an der Uni auf um 50 „Parksünder“ gebührenpflichtig zu verwarren.

Der AStA reagierte sofort, sammelte alle Strafmandate ein und schickte sie dorthin, woher sie gekommen waren: an den Polizeipräsidenten Graf Hardenberg.

In Schreiben an den Kanzler und an den Polizeipräsidenten forderte der AStA im Namen aller autofahrenden Studenten:

- Keine Polizeiaktionen auf dem Universitätsgelände;
- weg mit den Halteverbotsschildern, die keine Berechtigung haben (z. B. Straße neben der Mensa);
- Öffnung aller Parkplätze in Gebäudenähe auch für Studenten;
- ANNULLIERUNG DER GEBÜHRENPLICHTIGEN VERWARRUNGEN!!!

Wieder einmal sollen Studentinnen und Studenten für Fehler in der Planung büßen, für die nicht sie, sondern ein gewisser Herr Seel (Kanzler der Uni) verantwortlich sind.

Und diese Wagen hatte es erwischt: HER - Z 893, UN - JK 86, WAT - E 788, W - SP 29, GE - AW 634, DU - AN 77, SG - HR 41, E - DP 438, EN - SD 71, E - HW 438, WIT - M 417, DO - JK 835, BO - WV 29, D - D 762, BO - HV 421, W - SL 33, BO - XX 40, WG - T 335, BO - ZK 224, EN - CR 733, M - SU 276, HA - K 518, K - NJ 297, LUD - E 853, LUD - NY 26, GE - LJ 79, W - ZL 21, KLE - EP 72, BO - ZE 252, E - AY 970, HP - AM 589, HX - KM 55, RE - DE 620, D - WV 78, LH - E 961, TE - N

381, MH - H 133, HA - M 441, DU - Y 629, D - DW 516, AC - NS 26, DO - KM 568, BO - X 538, BO - HK 139, BI - H 522, BO - LJ 95.

Sollte die Polizei weiter gegen Euch vorgehen, meldet dies bitte beim Sozialreferenten des AStA.

Kaufen Sie

- Tabak · Zeitungen
- Spirituosen
- Lebensmittel
- Brof + Backwaren

Trinkhalle Kothhoff
(Mensaparkplatz)

Neu:
Bustaherkarten aller Art

Was schenken?
geh zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzchen
warten auf Euch!

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper

Kleinslinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich

Hagemann
SÜDRING 20

SUPERCOMICSTRIP

VON RAINER HACHFELD

MIT SUPERMAN/BATMAN/
HUMAN TORCH/CAPTAIN
MARVEL/WONDER WOMAN/
HAWK/MAN/SPECTRE/
CAPTAIN AMERICA u.v.a.

WER IST DENN DAS?
IRGENDWO EIN COMIC-TYP!
NA WARTET, HIER KOMMT SUPERMAN DER SAUBERMANN!

LOP

SCHAU MAL EIN PLEDERMANN!

CRASH

SEHR SCHLECHT

AMERIKA, ICH KOMME UND ERLOSE DICH VON DEN ÜBLEN

RECHNEN SIE SICH NOCH FRECH!

WARTEN!

BATMAN BEHUTET!

WILHELM FELDEN!

Fortsetzung folgt